



Kooperation der Polizeigewerkschaften in Baden-Württemberg



c/o Gewerkschaft der Polizei, Maybachstr. 2, 71735 Eberdingen, Tel. 07042/879-0, info@gdp-bw.de

Gemeinsame Presseerklärung zur Pressekonferenz der SPD-Fraktion mit den drei Polizeigewerkschaften zur Jugendkriminalität

Die Gewaltkriminalität von Jugendlichen ist in Baden-Württemberg im Jahr 2007 nach einer aktuellen Mitteilung aus dem Innenministerium um weitere 10,5 Prozent gestiegen. Im Zusammenhang mit der seit Jahren festzustellenden Steigerung der Gewaltneigung gegen Polizeibeamtinnen und –beamte begrüßt die Kooperation der baden-württembergischen Polizeigewerkschaften die parlamentarischen Anträge der SPD-Fraktion, weil dadurch das Thema „Jugendkriminalität“ auch nach der Landtagswahl in Hessen auf der politischen Agenda bleibt.

Die Vorsitzenden von GdP, DPolG und BDK sind sich in der Bewertung der bisher zu sehr vom hessischen Wahlkampf geprägten öffentlichen Diskussion einig. Strafverschärfungen, so sehr sie in ganz wenigen Einzelfällen und auf den ersten Blick auch notwendig erscheinen mögen, sind kein geeignetes Mittel zur Lösung des Gesamtproblems. Wir weisen deshalb deutlich darauf hin, dass wir vor allem dem Eindruck entgegen treten wollen, die bestehenden Probleme könnten allein mit einer Verschärfung von Gesetzen gelöst werden.

Die Bekämpfung von „Jugendkriminalität“ und „Jugendgewalt“ muss vor allem präventiv und pädagogisch angegangen werden. Hierzu müssen die notwendigen Voraussetzungen und Netzwerke geschaffen werden. Dies wird ohne Zweifel auch Geld kosten. Die erforderlichen Präventionsmaßnahmen sind zwar zunächst nicht die primäre Aufgabe der Polizei. Ohne die Einbeziehung des Sachverständs der Jugendsachbearbeiter in den Polizeidienststellen wird es aber nicht funktionieren. Deshalb ist eine erhebliche Erhöhung der Zahl der Jugendsachbearbeiter bei der Schutz- und Kriminalpolizei dringend geboten. Diese Stellen dürfen aber nicht – wie bisher – durch Umverteilung und zu Lasten anderer operativer Aufgaben geschaffen werden. Hierfür sind dringend neue Stellen für die Polizei erforderlich.

Wir fordern deshalb als Sofortmaßnahme nach wie vor, den beschlossenen Stellenabbau für die Polizei (sowohl für den Vollzugsdienst als auch für den sog. Nichtvollzugsdienst) sofort und vollständig zu stoppen. Dies ist auch deshalb geboten, damit die von der Polizei geführten strafrechtlichen Ermittlungsverfahren auch in Zukunft zeitgerecht an die Staatsanwaltschaften übergeben werden können, um die zeitnahe Ahndung der Delikte sicherzustellen.

„Polizeipräsenz ist ein unverzichtbares Mittel der Prävention. Weniger Polizeibeamte angesichts seit langem zu beobachtender Gewaltanwendung ist ein schwerer Fehler. Niemand kann sagen er habe es nicht gewusst. Die Polizeigewerkschaften haben immer und immer wieder darauf hingewiesen. Die öffentliche Sicherheit darf nicht zur Reservekasse für die öffentlichen Haushalte werden“, schrieb der ehemalige Bundesminister Hans-Dietrich Genscher vor wenigen Tagen in einem Beitrag für den „Berliner Tagesspiegel“.

Die Landesvorsitzenden von GdP, DPoIG und BDK wollen auch weiter gemeinsam dem Eindruck widersprechen, der sich nach entsprechenden Ankündigungen unserer Landesregierung in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger möglicherweise bereits eingestellt hat. Die Schaffung eines „Einstellungskorridors“ – egal ob ab 2008 oder 2009 – wird die Polizei im Land nicht verstärken. Darauf muss deutlich hingewiesen werden. So richtig die angekündigte Maßnahme ist, sie dient allein der Korrektur der Altersproblematik und zur Vorbereitung auf die sehr hohen Pensionierungszahlen, die in wenigen Jahren bei der Polizei des Landes ins Haus stehen.

Solange die Landesregierung die jetzige Beschlusslage nicht verändert, werden in den Polizeidienststellen des Landes bis Ende des Jahres 2010 – bezogen auf die Situation vor der Umsetzung der Verwaltungsreform – ca. 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger zur Verfügung stehen. Und dies ist angesichts der aktuellen terroristischen Bedrohungslage, der Situation im Zusammenhang mit der Jugendkriminalität und Jugendgewalt, der Gewalt gegen Polizeibeamte und vielen anderen sicherheitspolitischen Herausforderungen unverantwortlich.